Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 11 — Mittwoch, den 18. Januar 1928 — 46. Jahrgang

Englands Außenminister kommt nach Warschau

Chamberlains Sorgen um den Osten — Zusammenkunft mit Pilsudski

Warschau. Wie zuverlässig verlautet, wird der englische Außenminister **Chamberlain** im Laufe des Mai nach Warschau reisen, um dort aus eigener Anschauung die **Probleme des Ostens** kennen zu lernen und mit dem Marschall **Pilsudski** sowie mit den polnischen Regierungsstellen **persönlich** Fühlung zu nehmen.

Ein zweites Albanien?

Griechenland sucht Anschluß an Italien.

Die neuerdings festzustellende Annäherung Griechenlands an Italien hat nach den vorliegenden Pressemeldungen auf türkischer Seite großes Unbehagen erregt, denn man sieht in ihr eine deutliche Spitze gegen die Türkei. Italien hat nie sehr freundschaftliche Gefühle für Angora gehegt. Die Seelenverwandtschaft zwischen Kemal Pascha und Mussolini ist zwar verschiedene Male der Anlaß für eine sympathische Anerkennung ihrer beiderseitigen Leistungen gewesen, aber Worte kosten nicht viel und verlieren ihren Sinn, wenn machtpolitische Interessen auftauchen.

Von türkischer Seite ist in letzter Zeit mancherlei versucht worden, um den Zorn des römischen Peliden gnädig zu stimmen. Der italienische Handel hat in der Türkei offene Türen gefunden und die neuen türkischen Kriegsschiffe sind in Italien bestellt worden. Mussolini hat diese kleinen Geschenke gnädigst angenommen und in der Zwischenzeit klug geschwiegen, um sich das Geschäft für Italien nicht entgehen zu lassen. Seine Gesinnung gegen die Türkei hat sich aber ebensowenig geändert wie seine Ueberzeugung, daß der Besitz Anatoliens ein dringendes Bedürfnis für die Zukunft Italiens ist. Nach einer Periode des Schweigens, die in der Hauptsache durch den Druck Englands und die ablehnende Haltung Frankreichs veranlaßt war, setzt jetzt in der türkischen Politik Mussolinis eine neue Epoche ein. Sie folgt diesmal der indirekten Methode und ist deshalb gefährlicher, weil sie nicht von einem Theaterdonner wilder Drohreden begleitet wird. Ja, es hat ernsthaft den Anschein, als wenn das türkisch-italienische Verhältnis sich stark zuzuspitzen beginnt, weil es der italienischen Politik gelungen ist, sich die Vorspanndienste Griechenlands für ihre türkischen Pläne zu sichern.

Die Freundschaft zwischen Rom und Athen datiert erst seit kurzem. Ihr eigentlicher Vater ist der alte Drahtzieher der griechischen Außenpolitik, der Exministerpräsident Venizelos. Er hat den Ehrgeiz, seine bewegte Karriere als Staatspräsident einer griechischen Republik zu beschließen, in der sein Lebenstraum eines Groß-Griechenland diesseits und jenseits der Aegäis zur Wirklichkeit wird. Der Stern des vielgewandten Kreters, der nach dem Fiasko des letzten Türkenkrieges als Geächteter von der Bildfläche verschwinden mußte, ist wieder im Aufgehen. Seine Schüler und Gefolgsmänner beherrschen die Staatsmaschine und durch sie fängt der Wille von Venizelos wieder an, allmächtig in der griechischen Politik zu werden. Bei dem mangelnden Interesse Englands und Frankreichs an der griechischen Frage blieb Venizelos auf der Suche nach Bundesgenossen nur noch Italien übrig, mit dem eine Verständigung über die Teilung der türkischen Beute leicht möglich scheint. Trotz der gemeinsamen Interessen gegen die Türkei ist die Liebe der Griechen für Italien nichts weniger als groß. Italien treibt auf den von ihm besetzten Inseln des Dodekanes eine rücksichtslose Italienisierungspolitik, und der Gouverneur von Rhodos hat kürzlich in Cypern wie in Athen deutlich die Abneigung der Griechen gegen die italienischen Methoden zu spüren bekommen. Jetzt ist der griechische Außenminister Michalkopulos nach Rom gegangen, um die Barrieren der griechisch-italienischen Freundschaft niederzureißen. Er hat die Zusicherung erhalten, daß Italien gewillt ist, um den Preis eines Freundschaftspaktes mit Griechenland den Inselgriechen die kulturelle Autonomie einzuräumen. Ferner hat sich Italien bereit erklärt, die von ihm besetzten Inseln des Archipels an Griechenland zurückzugeben, wenn die Notwendigkeit ihrer militärischen Besetzung nicht mehr vorhanden sein wird. So belanglos dieser Versprechen auch ist, es hat genügt, um Griechenlands Bündnisbereitschaft zu erhalten.

Dieser unerwartete Wechsel der bisherigen griechischen Einstellung läßt sich nur dadurch erklären, daß die griechischen Politiker für den Eintritt in die italienische Klientel auf einen anderen Preis rechnen, nämlich auf Smyrna und sein Hinterland. Noch eine andere Tatsache weist darauf hin, wie tief Italiens Finger schon in der griechischen Politik stecken. Der italienische Gesandte in Athen hat die Forderung nach einer Beteiligung Italiens an der griechischen Stabilisierungsanleihe erhoben, die ohne Zweifel zugestanden wird. Auf diesem Wege soll sich die offene Tür für das italienische Kapital in Griechenland erschließen und die wirtschaftliche Durchdringung des Landes vorbereiten. Von hier aus ist der Weg zu politischen Geheimverträgen und zu militärischen Abkommen nicht mehr weit. Nach all dem scheint die Behauptung nicht zu gewagt, daß Griechenland unter der außenpolitischen Aegide von Venizelos im Begriff ist, ein zweites Albanien zu werden, dessen Verwendbarkeit für die italienische Mittelmeerpolitik nur noch erfolgreicher sein wird, weil es sich als Schrittmacher auf dem Balkan wie in Vorderasien und unter Umständen sogar in Aegypten gebrauchen lassen kann.

Zur Beruhigung der internationalen Politik wird die neue griechisch-italienische Kombination auf keinen Fall beitragen. Sie muß vor allem die Türkei auf neue außenpolitische Wege drängen, die notwendig nach Moskau und nach Asien führen. Die ohnehin an Zündstoffen reiche Situation im Mittleren Osten kann unter Umständen durch das neue Bündnis zu einem Brandherd werden, gegen den der Vorkriegsbalkan unglückseligen Angedenkens nur ein armseliges Feuerchen war.

Uebernahme einer römischen Kirche durch Kardinal Hlond

Warschau. „Expreß Poranny" läßt sich aus **Rom** melden, daß dort Montag die feierliche Uebernahme der Kirche „Santa Maria della Pace" durch den Kardinal und Primas von Polen, **Hlond**, stattfand.

Dr. Boelitz über das Deutschtum in Südamerika

Berlin. Der Bundesvorstand des Bühnenvolksbundes veranstaltete anläßlich der Rückkehr seines ersten Bundesvorsitzenden, des früheren Kultusministers Dr. Boelitz von seiner Studienreise durch Südamerika im Festsaal, des Herrenhauses einen Bierabend, an dem u. a. auch Kultusminister Dr. Boecker und Justizminister Dr. Schmidt-Lichtenberg teilnahmen.

Nach Begrüßungsworten von Oberregierungsrat Dr. Tiburtius und künstlerischen Darbietungen ergriff Dr. Boelitz das Wort. Er gab eine knappe Uebersicht über seine in Südamerika gewonnenen Eindrücke und ging dabei insbesondere auf die Schilderung seiner brasilianischen Studienreise ein, da ihm die dortigen Verhältnisse am charakteristischsten für die Bedeutung des Deutschtums in Südamerika zu sein schienen. Der Redner betonte ausdrücklich, daß sich die drüben wohnenden Deutschen nicht etwa als Reichsdeutsche betrachten, die die loyalen Staatsbürger ihrer deutschen Heimat seien, daß sie aber mit Nachdruck die kulturelle Verbundenheit mit der alten deutschen Heimat bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck brächten. Dr. Boelitz schilderte nach einem Hinweis auf den großen Einfluß deutschen Geistesleben auf die Entwicklung des jungen brasilianischen Staates die wichtigsten kulturellen Waffen der drüben wohnenden Deutschen im Kampfe um die Erhaltung ihres Deutschtums. In erster Linie nannte er hierbei die Kirche und die deutsche Schule. Ein weiterer wichtiger Ort des Deutschtums sei die deutsche Presse drüben, die dafür sorge, daß die z. T. weit zerstreuten deutschen Gemeinden tätigen Anteil an der weiteren Entwicklung der großen deutschen Probleme nehmen. Dr. Boelitz unterstrich hierbei auch deutlich die Notwendigkeit eines unabhängigen deutschen Nachrichtendienstes, der dafür sorge, daß die tendenziösen und z. T. deutschfeindlichen Nachrichten, die besonders von der französischen Agentur Havas stammen, durch einen wirklichen deutschen Aufklärungsdienst unschädlich gemacht werden. Nur dann könne Deutschland die Erhaltung seines Volkstums und seiner Interessen sichern, wenn dafür gesorgt werde, daß wirklich objektive Nachrichten über Deutschland auf schnellstem Wege in die Presse drüben gelangten. Die enge Volksgemeinsamkeit zwischen den Deutschen im Reiche und den überseeischen Volksgruppen des Deutschtums könne nur dann gesichert werden, wenn jeder Deutsche, der drüben gewesen sei, nicht scheute, die Brücke zwischen Deutschland und Amerika zu festigen.

Coolidges Botschaft an den Kongreß

Neuyork. Der Panamerikanische Kongreß wurde Montag in **Havanna** in Anwesenheit der Vertreter sämtlicher **Süd-, Mittel- und Nordamerikanischen** Staaten feierlichst eröffnet. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Calwin **Coolidge**, verlas die Eröffnungsbotschaft. Einleitend wies er darauf hin, daß sich Amerika zum Prinzip der **Selbstregierung** und zu einer Politik des Friedens bekenne. Die Bevölkerungen der amerikanischen Staaten seien besser imstande sich selbst zu regieren, als andere regieren zu lassen. „Wir sind," so erklärte Coolidge, „für angemessenes Gerüstetsein im Interesse der nationalen Verteidigung; denn wir glauben, daß diejenigen Nationen sich ins Verderben stürzen, die militärische Dinge vernachlässigen oder ihnen gleichgültig gegenüberstehen." Aber es sei ein großer Unterschied, ob man rüste, um wohlerworbene Rechte zu verteidigen oder, ob man sich nur auf rohe Kraft stütze, anstatt an die Vernunft zu appellieren. Dynastische Kriege, wie sie die alte Welt erlebt haben, seien in Amerika unmöglich. Die Kriege Amerikas während der letzten 150 Jahre seien fast ausschließlich zur Sicherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit der Menschheit geführt worden. Jede Demokratie sei friedliebend, weshalb es auch gelungen sei, den Frieden unter den amerikanischen Republiken solange Zeit zu bewahren. Der Geist des guten Willens, des Vertrauens und der Hilfsbereitschaft habe in Amerika die Oberhand behalten. Praktische Wege zur Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten könnten gefunden werden, wenn man diese Einstellung auch in Zukunft beibehalte.

Die panamerikanische Konferenz, so fuhr Calvin Coolidge fort, ist zusammengetreten, um darüber zu beraten, wie das **Wohlergehen** der freien amerikanischen Republiken erhöht und der internationale Friede gefestigt werden kann. Kein anderer Erdteil ist für diese Aufgabe so sehr geeignet wie Amerika. Alle hier vertretenen Nationen sind gleichberechtigt. Der kleinste und schwächste Staat spricht hier mit derselben Autorität wie der größte und mächtigste Staat. Die Vorsehung Gottes, so schloß Coolidge, macht aus den amerikanischen Staaten eine freundschaftlich-nachbarliche Gemeinde von Republiken.

Parker Gilbert als Gast Briands

Paris. Montag Mittag fand auf Einladung Briands ein Frühstück zu Ehren des seit einigen Tagen in Paris weilenden Reparationsagenten **Parker Gilbert** statt. Neben Ministerpräsident Poincaree und Justizminister Barthou, den Vorsitzenden und Generalberichterstattern der Finanzkommission von Senat und Kammer, sowie dem amerikanischen Geschäftsträger Withehouse nahmen die Vertreter der Reparationskommission und der Dawesausschüsse teil.

Die Opposition in Rumänien

Bukarest. Die Regentschaft hat die Initiative zur Einleitung der Verhandlungen zwischen der Regierung und der nat. Bauernpartei ergriffen. Diese Verhandlungen werden z. Zt. hinter den Kulissen vorbereitet. Wie es heißt, soll die Regierung damit einverstanden sein. Mitte März zurückzutreten, um einer neutralen Regierung Platz zu machen, die dann Neuwahlen durchführen könnte. Die Regierung verlange dagegen, daß sich die nationale Bauernpartei bis dahin ruhig verhalte.

Deutsch-litauische Verhandlungen Ende Januar

Berlin. Die deutsch-litauischen Verhandlungen, deren **Wiederaufnahme** bekanntlich für Mitte des Monats Januar vorgesehen war, werden, wie verlautet, nunmehr aller Wahrscheinlichkeit nach Ende dieses Monats hier beginnen.

Man rechnet nach wie vor damit, daß Woldemaras persönlich nach Berlin kommen wird, um die Verhandlungen zu eröffnen. Zur Zeit finden in Kowno zwischen der deutschen Gesandtschaft und der litauischen Regierung Verhandlungen über Memelländische Fragen, insbesondere auch über die Verlängerung des Aufenthaltes der deutschen Optanten statt, die ebenfalls in Berlin weitergeführt werden sollen. Falls sie bis Ende des Monats noch nicht zum Abschluß gebracht sein sollten.

Trotzki gibt den Kampf nicht auf

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht die „**Prawda**" zwei von der G. P. U. beschlagnahmte Briefe der Trotzkischen Opposition, die nach dem Ausland gesandt werden sollten. In den Briefen wird darauf hingewiesen, daß der **Verrat** Sinowjews und Kamenews **kein schwerer** Schlag gegen die Opposition sei und betont, daß die Opposition **bestehen** bleibe, sie gebe den Kapf nicht auf. Weiter wird die ausländische Opposition aufgefordert, ihre Kräfte zur **Bekämpfung** der heutigen Parteiführung zu sammeln und dafür zu sorgen, daß euch oppositionelle Delegierte an den bevorstehenden Kongressen der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Internationale teilnehmen. Die „Prawda" erklärt, daß die Geduld der Partei erschöpft sei und daß die Parteileitung alle Maßnahmen zur **Bekämpfung** der Opposition ergreifen werde.

Der englisch-amerikanische Oelkrieg

London. Die seit geraumer Zeit bestehende Spannung zwischen den beiden großen internationalen Petroleumgruppen, der Standard-Oel-Comp. auf amerikanischer und der Royal Dutch Shell-Gruppe auf englischer Seite, hat sich zum offenen Oelkrieg entwickelt.

Die Standard-Oel-Compagnie veröffentlicht heute eine sehr ausführliche Erklärung, die eine Rechtfertigung ihrer gesamten Politik darstellt und gleichzeitig die Angriffe der Royal Dutch Shell-Gruppe zurückweist. In der Erklärung heißt es u. a., daß die Standard-Oel-Compagnie in ihrem russischen Geschäft sich nur von rein geschäftlichen Gesichtspunkten leiten lasse. Die Gesellschaft habe die Zustimmung des Staatsdepartements eingeholt, bevor die im Jahre 1920 abgeschlossenen Kontrakte für den Ankauf bedeutender Mengen russischen Petroleums unterzeichnet worden seien. Die Standard-Oel-Comp. ist der Auffassung, daß der An- und Verkauf russischen Petroleums eine rein geschäftliche Aktion ist, die nicht nur im Einklang mit der allgemeinen amerikanischen Politik gegenüber Sowjetrußland steht, sondern auch mit der Politik der britischen Regierung, deren Beziehungen zu Sowjetrußland gegenwärtig die gleichen seien, wie die der Vereinigten Staaten. Die Royal Dutch Shell-Gruppe wird weiter beschuldigt, durch ihre Preispolitik einen Oelkrieg hervorgerufen zu haben. Zum Schluß heißt es, die Standard-Oel-Compagnie werde fortfahren, die Märkte mit ihren Erzeugnissen zu versorgen. Die Gesellschaft werde sich in keiner Weise von ihrer klaren Linie abbringen lassen.

Tagung des Sicherheitsausschusses des Völkerbundes

Genf. Im Völkerbundssekretariat ist das von der Regierung bereits vor einiger Zeit angekündigte Memorandum für die bevorstehende Tagung des Sicherheitsausschusses eingetroffen. Das Memorandum wird jedoch vorläufig vom Generalsekretariat nicht veröffentlicht. Es soll, wie verlautet, keine konkreten Vorschläge enthalten, sondern vielmehr allgemeine Anregungen bringen, die als Unterlage für die Verhandlungen im Sicherheitsausschuß gedacht sind. Neben der norwegischen und schwedischen Regierung ist die Londoner das dritte Mitglied des Sicherheitsausschusses, das der allgemeinen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und Anregungen nachgekommen ist. Die Memoranden dieser drei Regierungen werden bereits auf der am 26. Januar in Prag beginnenden Vorkonferenz für den Sicherheitsausschuß zur Erörterung gelangen. An der Vorkonferenz nehmen außer dem Präsidenten des Sicherheitsausschusses Benesch die Leiter der politischen und Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats, sowie die drei vom Sicherheitsausschuß ernannten Berichterstatter teil.

Regierungskrise in Südslawien?

Belgrad. Minister Bela Popovic überreichte heute dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch. Wie in politischen Kreisen verlautet, bedeutet das die Eröffnung der Regierungskrise. Man rechnet zuversichtlich damit, daß die demokratischen Minister noch im Laufe des morgigen Tages ihren Austritt aus der Regierung ankündigen werden. Allgemein wird die Demission der Regierung Wukitschewitsch-Marinkowitsch für morgen erwartet.

Wie zu erwarten war, hat die Haltung des demokratischen Parteichefs Davidovitsch die Stellung der Regierung stark erschüttert. Wukitschewitsch ist es offenbar nicht gelungen, durch die Uebergabe seines bisherigen Portopeus als Innenminister an eine andere radikale Persönlichkeit, die Widerstände aus dem demokratischen Landeskongreß zu beseitigen. Fast einmütig setzte sich der demokratische Landeskongreß für die von Davidowitsch verfochtenen Richtlinien ein. Damals war das Schicksal der gegenwärtigen politischen Kombination in Südslawien schon so gut wie besiegelt.

Zusammenkunft Mussolini-Briand

Paris. In Pariser Kreisen werden die Begrüßungsartikel der italienischen Presse anläßlich der Ankunft des neuen französischen Botschafters Beaumarchais mit Genugtuung vermerkt, jedoch wird dem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß sich im allgemeinen die italienische Presse jeglicher Kommentare über die französisch-italienischen Beziehungen enthält. Eine Mailänder Meldung der „Information" läßt immerhin erkennen, daß man in den politischen Kreisen Italiens den bevorstehenden Verhandlungen immer größere Bedeutung beimißt und die Annäherungsbestrebungen auch weiter an Boden gewonnen haben. Man behauptet, daß in den vorbereitenden Besprechungen die in Paris stattfanden, bereits viele Punkte aufgeklärt werden konnten, so daß man mit Recht hoffen könne, die Besprechungen könnten vor der nächsten Völkerbundsratstagung zu Ende geführt werden. Dann könnte man an eine Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini denken, welche voraussichtlich Scialoja in Genf vorbereiten dürfte.

Das amerikanische Marineprogramm angenommen

Berlin. Wie ein Berliner Abendblatt aus Washington meldet, wurde das Marinebauprogramm des Präsidenten Coolidge vom Marineausschuß des Repräsentantenhauses angenommen. An dem Entwurf wurden jedoch zwei Aenderungen vorgenommen. Die erste, die Vollmacht des Präsidenten das Bauprogramm teilweise oder ganz einzustellen betreffend, während die zweite entgegen der Bitte des Marinesekretärs einen Termin festlegt, dahingehend, daß mit dem fünfjährigen Programm sofort zu beginnen sei. Bekanntlich geht das amerikanische Marineprogramm dahin, in den nächsten 5 Jahren jährlich 510 000 Tonnen-Kreuzer, ein Flugzeugmutterschiff, sieben Unterseeboote und neun Torpedoboots-Flotillenführerboote auf Stapel zu legen. Die Gesamtausgabe zur Durchführung dieses Programmes wird etwa 740 Millionen Dollar ausmachen.

Metallarbeiterstreik in Halle

Halle. Der größte Teil der Metallarbeiter in Halle ist in den Streik getreten, der außerordentlich großen Umfang annimmt. In mehreren größeren Werken Halles, sowie bei Lindner in Ammendorf ruht der Betrieb vollständig. In den übrigen Werken arbeitet nur ein geringer Prozentsatz. Als Grund wird angegeben, daß die im Schiedsspruch vorgesehene Erhöhung von 3 Pfennigen nicht genüge. Man nimmt jedoch an, daß der Streik nur einige Tage dauern wird, da die Lohnfrage bereits in Berlin behandelt wird. Die Erklärungsfrist über An- oder Abnahme des Schiedsspruches läuft erst am Mittwoch ab.

General Hertzog gegen die Forderungen der südafrikanischen Arbeiterpartei

London. Wie aus Johannisburg gemeldet wird, hat sich der südafrikanische Ministerpräsident General Hertzog gestern gegen die hauptsächlichsten Forderungen der südafrikanischen Arbeiterpartei ausgesprochen. So lehnte er die Einführung des Achtstundentages für die Eisenbahnarbeiter ab, desgleichen die Errichtung einer Staatsbank und die Ergänzung der Lohngesetze. In den Kreisen der Arbeiterpartei macht sich lebhafte Enttäuschung über die ablehnende Haltung des Ministerpräsidenten geltend.

Japan und die amerikanischen Flottenbaupläne

London. Wie aus Tokio gemeldet wird, beschäftigt sich die japanische Presse in großer Ausführlichkeit mit den Flottenbauplänen des amerikanischen Marineministeriums. In den Kommentaren, die zum Teil recht sarkastisch sind, wird darauf hingewiesen, daß Amerika mit der einen Hand einen Antikriegspakt präsentiere, während es in der anderen ein Rüstungsprogramm halte. Persönlichkeiten der japanischen Marine erklären, daß die japanischen Flottenbaupläne durch die amerikanische Entscheidung nicht beeinflußt würden. In diesen Kreisen betont man auch mit starker Zurückhaltung, daß vorläufig abzuwarten bleibe, ob der Kongreß dem amerikanischen Marineminister auf dem vorgezeichneten Wege folgen werde.

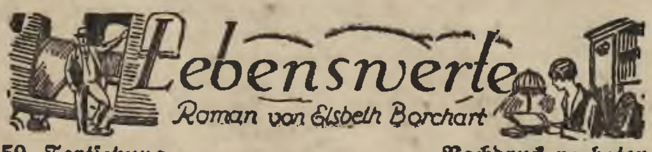
Zur Hungersnot in China

Kowno. Aus Schanghai wird gemeldet, daß im Zusammenhang mit der zunehmenden Hungersnot in den Provinzen Tschili und Schantung die Pekinger Regierung bei den Vertretern der ausländischen Mächte angeregt habe, eine besondere Abgabe von den Einfuhrwaren in Höhe von ½ Prozent zugunsten der Hungernden einzuführen. Die Abgabe soll nur provisorisch für kurze Zeit eingeführt werden. Die Hungersnot in den beiden Provinzen nimmt ständig größeren Umfang an. In den Hungergebieten ist der Belagerungszustand verhängt.



Die neue italienische Nationalhymne

Auf Veranlassung Mussolinos wurde eine faschistische Nationalhymne gedichtet und von Pietro Mascagni vertont. Die Hymne trägt den Namen „Canto del Lavoro" und wurde in diesen Tagen, um populär zu machen, auf den öffentlichen Plätzen Neapels zum Vortrag gebracht. Unter den Mitwirkenden befand sich außer dem Komponisten Mascagni auch der berühmte italienische Tenor Papaccio. Mascagni (links) und Papaccio beim Vortrag.



59. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

So ließ er sie gehen und versenkte sich in seine landwirtschaftlichen Berichte.

Edith ging den Parkweg nach dem Walde zu. Es war der Weg, den Hans Werner kommen mußte. Noch war es ziemlich hell; nur die Bäume warfen dunkle Schatten auf den Boden. Plötzlich entfuhr ihr ein leiser Laut; eine dunkle Gestalt kam den Weg herauf. So hatte er doch Wort gehalten. Nur wenige Sekunden zögerte sie, dann trat sie aus dem Schatten heraus ihm entgegen:

„Hans Werner!"

„Edith!" rief Hans Werner, unliebsam überrascht, „was treibt Sie zu so später Stunde noch allein in den Wald?"

„Sie, Hans Werner."

Er sah sie entgeistert an.

„Ich verstehe nicht, was wollen Sie von mir?"

„Sie nur einmal allein sprechen — Ihnen alles beichten und Sie bitten, mir zu vergeben." Durch ihre Stimme zitterten Tränen.

„Ich habe Ihnen nichts zu vergeben," erwiderte er steif, und trat einen Schritt zurück.

„Sei nicht grausam," fuhr sie auf, und ihre Leidenschaft legte ihr das vertrauliche „Du" auf die Lippen, „wappne dich nicht mit einer Härte, die du nicht empfindest. Hans Werner, du hast mich geliebt, und nur ein einziges Mal laß mich dir sagen: Ich habe dich wiedergeliebt und werde dich lieben, nur dich hörst du?"

„Wozu sagst du mir das jetzt?" fragte er mit bebender Stimme, und in seiner Erregung unwillkürlich gleichfalls das Du gebrauchend.

„Weil ich unglücklich, elend bin, weil ich deine Härte — deine Verachtung nicht länger ertragen kann. Hans Werner, warum erschwerst du mir das Opfer, das ich bringen muß, unnötig?"

„Opfer? Von welchem Opfer sprichst du?"

„Das kannst du fragen? Glaubst du, es wäre mir leicht geworden, auf dich verzichten zu müssen?"

„Zu müssen? Wer zwang dich?"

„Mein Vater. Schon damals hatte er die Absicht, Tannenburg zu kaufen und mich als Herrin von Helgendorf zu sehen. Darum verbot er mir jedes weitere Flirten mit dir."

„So — und du, die du deinen Willen in allem bei deinem Vater durchsetzest — warst ihm hierin die gehorsame Tochter." Durch seine Stimme klang ein schneidender Hohn.

„O Gott, Hans Werner. — Du weißt nicht, wie viele Tränen es mich gekostet hat, aber du weißt auch, daß ich ihm nicht gehorsam war — damals im Walde —"

„Ach so — nun verstehe ich dich —: Zum Flirten war ich dir gut genug — zum Heiraten —"

„Halt — geh nicht so streng mit mir ins Gericht — ich liebte dich doch und war so jung und unerfahren. Jetzt erst ist es mir klar geworden, was ich opferte. Die Reue verzehrt mich — ich kann's nicht verwinden — Hans Werner, Liebster, laß mich meinen Irrtum nicht mein ganzes Leben lang büßen —!"

Aufschluchzend warf sie sich an seine Brust und schlang ihre Arme um seinen Hals.

Sekundenlang stand er wie erstarrt. In ihm arbeitete es heftig. Das Weib das er einst so heiß geliebt hatte, um dessen Liebe und Besitz er alle Lebenswerte geopfert hätte — lag an seiner Brust — Es war zu spät. Mit einem Schauder schob er sie von sich.

„Sie vergessen sich — Sie wissen nicht, was Sie tun."

„Doch, ich weiß es. Freudig opferte ich darum Stellung und Ehre —"

„Du — aber nicht ich. Glaubst du im Ernst, ich würde meine Hand dazu bieten, meinen Bruder zu hintergehen, ihn um Glück und Ehre zu betrügen?" fragte er atemlos vor Erregung und Zorn. „Und wenn ich dich wahnsinnig liebte, so wollte ich nicht der Schurke sein — eher würde ich bis ans Ende der Welt fliehen — aber ich liebe dich nicht mehr."

„Hans Werner!" Ein wilder, gellender Aufschrei kam von ihren Lippen. Sie war leichenblaß geworden, und ihr ganzer Körper bebte. „Du sprichst nicht die Wahrheit, oder du hast mich damals belogen, als du mir deine Liebe gestandest."

„Ich habe dich damals so wenig belogen, wie heute." Er zwang sich gewaltsam zur Ruhe. „Ich habe dich geliebt, auf dich gehofft bis zu jenem Tag der mir die Nachricht von deiner Verlobung mit meinem Bruder brachte. Da durchschaute ich eure Absichten. Zuerst wütete eine wilde Verzweiflung in mir — dann habe ich dich gehaßt — verachtet. Jetzt ist alles, das eine wie das andere, ausgebrannt in mir, oder meinst du, ich wäre ehrlos genug gewesen, hierher zu kommen, wenn ich meine Liebe nicht erloschen gefühlt hätte? Daß du mich liebtest, konnte ich nach dem Geschehenen unmöglich annehmen; so kam ich hierher ohne die geringste Sorge. Deine Versuche, mit mir zu flirten, sah ich als Spielerei aus Langerweile an, nahm sie nicht ernst, ging aber auch nicht darauf ein. Auch dein heutiges Michstellen betrachte ich nur als Ausfluß einer krankhaften Idee, von der du selbst bald geheilt sein wirst, da du jetzt weißt, wie ich darüber denke, und was ich fühle. Es tut mir leid, dir das sagen zu müssen, es hat uns in eine schiefe Stellung zu einander gebracht, und du wirst dich darum nicht wundern, wenn ich es vorziehe, jetzt wieder zurückzugehen, und nicht mir dir ins Schloß zu kommen. Gute Nacht —"

„Hans Werner —"

Mit einem wilden Verzweiflungsschrei umklammerte sie seinen Arm und hielt ihn fest, trotz seiner Abwehr. Ihren Kopf an seiner Schulter bergend, schluchzte sie heiß auf, wie ein trotziges Kind, dem der Willen nicht getan ist, und das ihn doch auf jeden Fall durchsetzen möchte.

„Nicht eher gebe ich dich frei, bis du mir ein Wort — ein Zeichen deiner Liebe gegeben hast — denn daß du mich nicht mehr liebst, glaube ich dir nicht. Hans Werner — Geliebter —"

„Schurke — laß das Weib los!"

Der Schrei traf sie beide markerschütternd.

(Fortsetzung folgt.)

Laurahütte u. Umgebung

=e= **In letzter Stunde.** Am letzten Sonnabend und Sonntag erhielt ein großer Teil der in den Wählerlisten stehenden deutschgesinnten Bürger von Siemianowice von den Wahlkommissionen die in Art. 37 des Wahlgesetzes vorgeschriebene Benachrichtigung, daß gegen ihre Eintragung in die Wählerlisten Einspruch erhoben worden ist. Gegen den Einspruch muß sofort, spätestens innerhalb dreier Tage vom Empfang der Benachrichtigung bei der Bezirkswahlkommission, die sie abgesandt hat, Widerspruch erhoben werden.

i. **Betrifft Steuererklärungen.** Auf Grund des Artikels 52 des Gesetzes vom 15. Juli 1925 über die staatliche Gewerbesteuer haben die Steuerzahler der staatlichen Gewerbesteuer die in den Art. 52—55 vorgesehenen Umsatzerklärungen in der Zeit vom 1. Januar bis einschl. 15. Februar 1928 abzugeben. Die Steuererklärungen müssen auf einem vorgeschriebenen Drucksachenformular „Muster Nr. 3 entsprechend der Bestimmungen des § 54 der Verordnung des Finanzministers vom 18. März 1925 (Dz. U. Rz. P. Nr. 82, Poz. 560) abgegeben werden. Demgemäß ergeht seitens des Wydział Skarbowy der Wojewodschaft Schlesien an die Steuerzahler der staatlichen Gewerbesteuer die Aufforderung: 1. Gesondert für jeden Handelsbetrieb bezw. jedes Handelsunternehmen, das im Tarife (Art. 23) zur Kategorie 1 und 2 der Handelsunternehmen gehört; 2. Gesondert für jede Gewerbeanlage bezw. jedes gewerbliche Unternehmen, das im Tarif in die ersten fünf Kategorien der Gewerbeunternehmen eingereiht ist; 3. Für jede gewerbliche Beschäftigung, die im Tarife (Anlage zu Art. 23) in die Kategorien 1 sowie 2a und b der gewerblichen Beschäftigungen eingereiht ist; 4. Für jede selbständige berufsmäßige Beschäftigung, die Selbsterklärung über den im Steuerjahre 1927 erzielten Umsatz in der Zeit bis zum 15. Juli 1928 vorzulegen.

Die Umsatzerklärungen sind bei dem zuständigen Finanzamt (Urząd Skarbowy) einzureichen, woselbst auch die Umsatzerklärungsformulare unentgeltlich verabfolgt werden. Gesellschaften mit beschränkter Haftung und andere Unternehmen, die auf Grund ihrer Statuten oder besonderer Vorschriften zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, haben die Umsatzerklärungen bezüglich sämtlicher ihnen gehöriger Betriebe, jedoch geordnet für jeden Betrieb, demjenigen Finanzamte vorzulegen, in dessen Bezirk sich der Sitz des Vorstandes der Gesellschaft bezw. des Unternehmens befindet. Aktien-Gesellschaften haben die Umsatzerklärungen bezüglich sämtlicher ihnen gehöriger Betriebe, jedoch geordnet für jeden Betrieb, in dem oben genannten Termine dem Finanzausschuß der Wojewodschaft Schlesien (Abtl 2) in Kattowitz (Wydział Skarbowy, Województwa Śląskiego, Oddz. 2) vorzulegen. Wer im obenbezeichneten Termine die Umsatzerklärung überhaupt nicht oder nur unvollständig einbringt, unterliegt gemäß Art. 103 des angeführten Gesetzes einer Geldstrafe von 50—500 Zloty. Wer in der Absicht sich oder die vertretene Person der gesetzlichen Steuerpflicht zu entziehen, in der Umsatzerklärung unwahre Tatsachen anführt, die geeignet sind die Veranlagung zu vereiteln oder die gesetzlich gebührende Steuer zu verkürzen, unterliegt unbeschadet der Verpflichtung die Steuergebühr zu entrichten, nach Art. 105 einer Geldstrafe in der Höhe des zwei- bis zwanzigfachen Betrages der verkürzten bezw. der Verringerung oder Verkürzung ausgesetzten Steuer und bei erschwerenden Umständen überdies einer Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten. Die Steuerzahler, die oben nicht angeführt wurden, können gleichfalls Umsatzerklärungen einbringen, ein Zwang zur Vorlage derselben besteht jedoch für diese Steuerzahler nicht.

=o= **Also doch!** Die „Gazeta Siemianowicka" bringt in ihrer Nummer 5 vom 15. 1. 28 erstmalig auch eine Seite mit deutschem Text. In der Ankündigung schreibt sie u. a., daß der deutsche Teil amtliche, lokale usw. Nachrichten bringt. Ein Blick in das Blatt zeigt, daß von amtlichen Nachrichten nichts im deutschen Teil enthalten ist. Auf der ersten Seite des polnischen Teiles ist eine amtliche Nachricht, die im deutschen Text nicht fehlt. Daß die „G. S." jetzt vor den Wahlen auf einmal merkt, daß sie auch deutschen Text bringen muß, zeigt, welches der Zweck dieser Uebung ist. Es liegt klar auf der Hand, welches der Versuch gemacht werden soll, das Blatt für die Wahlpropaganda zu benutzen, und da die wenigsten Siemianowitzer das Polnische so beherrschen, daß sie die Propaganda verstehen, fast jeder Ueberschrift genügend deutsch lesen kann, soll die Sache eben auf diese Weise „geschmissen" werden. Als seiner Zeit seitens der deutschen Gemeindevertreter die Forderung gestellt wurde, die Zeitung mit deutschem Text zu versehen, wurde dieses Unterfangen als Verbrechen dargestellt. Was sagen die „deutschen Sozialdemokraten" jetzt? Und wie stellen sich jetzt die Herren Halaczel, Jendrus usw. dazu?

o. **Radioklub.** Am letzten Dienstag hielt der Radioklub Siemianowice im Vereinslokal Prochotta, früher Szwencner, seine diesjährige Generalversammlung ab, an welcher über 30 Mitglieder teilnahmen. Nach der Begrüßung der Erschienenen durch den 1. Vorsitzenden wurden die Jahresberichte verlesen. Der Kassenbericht zeigte, daß der Verein in das neue Vereinsjahr mit einem Ueberschuß von 262,05 Zloty hineingeht. Die Mitgliederzahl ist in diesem Jahr von 96 auf 126 gestiegen. Hierauf wurde dem alten Vorstande Entlastung erteilt. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen folgende Herren hervor: Pronobis als 1. Vorsitzender, Jadwiszczok als stellvertretender Vorsitzender, Bertik als Schriftführer, Cyganek als stellv. Schriftführer, Jastrzembski als Kassierer, Jadwiszczok Georg als Stellvertreter. In die technische Kommission wurden gewählt: Herr Martin Cohn, Herr Sega und Herr Hein. In nächster Zeit soll ein Vortrag über Detektoren gehalten werden. Zum Schluß wurde beschlossen, ein Faschingsvergnügen zu veranstalten.

Früh krümmt sich was ein Häkchen werden will. Bei der Frau Ojdan in der Richterstraße erschienen zwei Mädchen, 13 und 14 Jahre alt, und verlangten ein Stück Aal zu kaufen. Die Frau ging ins Nebenzimmer, und den Augenblick benutzend, riß das ältere Mädchen die Geldschublade auf und versuchte damit zu entfliehen. Passanten merkten diesen Vorfall, schrien dem Mädchen nach, worauf dasselbe das Geld fallen ließ. Gleich darauf erschien ein Polizeibeamter, stellte den Tatbestand fest, wobei er noch von der Mutter der Diebin betrogen wurde.

Unfug eines Radaubruders. Der Wirt des Lokals „Unter den zwei Linden" wurde von einem Rauflustigen, der am letzten Sonntag ohne jeglichen Grund eine Schlägerei in Szene setzte, mit einem Bierglase am Kopfe verletzt, als er den Streit schlichten wollte.

Gottesdienstordnung:

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz

Mittwoch, den 18. Januar 1928.

1. hl. Messe für verst. Jakob Halup.
2. hl. Messe für das Brautpaar Bonk-Woclaw.
3. hl. Messe zur göttl. Vorsehung auf die Int. Kusnierski.

Donnerstag, den 19. Januar 1928.

1. hl. Messe für verst. Franziska und Theresie Macha Kinder Ludwig und Anna, Lukas und Katharina Szowiola, Norbert und Alois Enkelkinder.

2. hl. Messe für verst. Paul Kowol, Klara und Pauline Stolik, verst. Verwandtschaft Lebioda.

3. hl. Messe für verst. Pauline Bratek, Eltern beiderseits, Ludwina Bartocha und verlassene Seelen

Katholische Pfarrkirche Laurahütte.

Mittwoch, den 18. Januar 1928.

6 Uhr: für verst. Franz Klimek, Franz Osyra und Karoline Bartocha.

6½ Uhr: für verst. Franz Czys, Franziska und Johanna Czys, Julie Plewnia und Verwandtschaft beiderseits.

Donnerstag, den 19. Januar 1928.

6 Uhr: für verst. Josef Sarnes.

6½ Uhr: für verst. Marie Kucharczyk, verst. Tochter Marie und verst. Sohn Alois.

Evangelische Kirchengemeinde Laurahütte

Mittwoch, den 18. Januar 1928.

7½ Uhr: Jugendbund, ältere Abteilung.

Donnerstag, den 19. Januar 1928.

6 Uhr: Missionsstunde im Gemeindehaussaal.

7½ Uhr: Kirchenchor (Herrenprobe).

Achtung, Wahlberechtigte!

Für die mindestens 10 000 deutschen Wahlberechtigten, gegen deren Eintragung in die Wählerlisten am vergangenen Freitag und Sonnabend Einspruch erhoben worden ist, mit der Begründung, daß sie nicht polnische Staatsbürger seien, ist es ganz unmöglich, innerhalb der dreitägigen Frist den geforderten Staatsangehörigkeitsausweis zu beschaffen, weil die Starosteien einfach nicht in der Lage sind, in dieser kurzen Zeit Tausende von Staatsangehörigkeitsausweisen auszustellen. Diese technische Unmöglichkeit der Besorgung der Ausweise hat den Starosten von Kattowitz auf Vorstellungen, die ein deutscher Abgeordneter bei ihm erhoben hat, veranlaßt, folgendes Verfahren für die Beibringung der Staatsangehörigkeitsausweise einzuschlagen:

Die Starostei wird auf einer Liste mit beliebig vielen Namen, für die die Meldeämter die Tatsache der Meldung der einzelnen Personen gemeinsam bestätigt haben, ebenfalls gemeinsam bestätigen, daß diese Personen polnische Staatsbürger sind. Beide Bestätigungen werden kostenlos erteilt. Es ist anzunehmen, daß die anderen Starosten der Wojewodschaft diesem Beispiel des Kattowitzer Starosten folgen werden.

Wir empfehlen also den Personen, gegen deren Eintragung Einspruch erhoben worden ist, folgendes Verfahren:

Einer oder zwei der Beanstandeten stellen eine Liste aller Personen auf, gegen deren Eintragung Einspruch erhoben worden ist. Diese Liste wird zunächst dem Meldeamt vorgelegt, das bestätigt, daß alle darin aufgeführten Personen am Ort wohnen. Mit der so abgestempelten Liste begeben sich die Beauftragten zur Starostei, die dann ebenfalls durch eine einzige Bescheinigung bestätigt, daß alle in der Liste aufgeführte Personen polnische Staatsbürger sind. Diese Liste ist dann der Bezirkswahlkommission einzureichen.

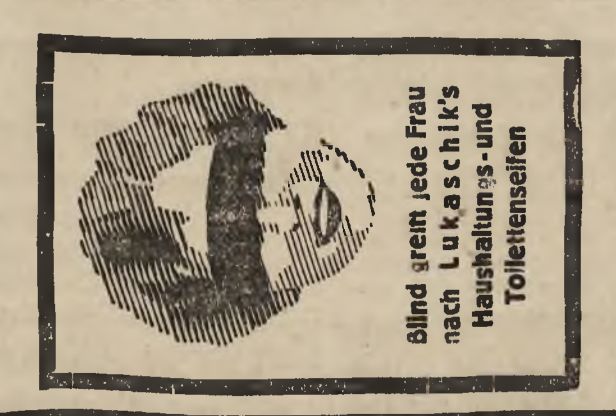
Die Listen müssen aber sofort aufgestellt und die Bescheinigung beim Meldeamt und der Starostei sofort eingeholt werden, da die dreitägige Frist spätestens Dienstag, bezw. Mittwoch abläuft.

Der Tod durch den elektrischen Strom

Leichtfertige Manipulierung mit der elektrischen Lichtanlage

Durch Nachlässigkeit im Umgang mit elektrischem Strom ist das Leben eines jungen Burschen, der erst kaum 16 Jahre alt war, verscherzt worden. Der Schuldtragende an dem schweren Unglück ist der Hotelbesitzer und Restaurateur Willibald Hupka in Nikolai, der den Jungen, wie er angibt, aus Mitleid zu sich nahm, da er hausverlassen war, und ihn zu allerhand Hausdiensten verwendete. Der einzige Lohn, den er ihm dafür zukommen ließ, war die Kost. Und dieser mitleidsgeborene Dienst sollte dem Jungen zum Verhängnis werden. Es war vor Ostern vergangenen Jahres. Eine Verstopfung in der Rohrleitung im Klosett des Hotels veranlaßte den Hotelbesitzer zu einem eigenhändigen Ausbesserungsversuch. Da ihn die herrschende Dunkelheit bei der Arbeit hinderte, fiel er auf den Einfall, durch eine schlecht isolierte Drahtleitung elektrischen Lichtstrom von der Wohnung ins Klosett hinüberzuleiten. Das Unglück, das gewöhnlich nie ohne menschliches Mitverschulden einhergeht, wollte, daß der Junge während einer kurzen Pause, als der Hotelbesitzer wegen eines Telephonrufes von der Arbeit sich entfernte, an der improvisierten elektrischen Drahtleitung sich zu schaffen machte. Der Kontakt des Jungen mit dem elektrischen Strom hatte sofort den Tod des Jungen zur Folge. Als das Unglück geschehen war, wurden zwar Belebungsversuche unternommen, deren Wirkung aber verfehlt war, denn entgegen den in solchen Fällen gebotenen Maßnahmen, wurde der Junge, angeblich auf Empfehlung eines herbeigerufenen Arztes, in einen Schweinestall gebracht und dort liegen gelassen. Der Urheber des Unglücks, der besagte Hotelbesitzer, wurde wegen Nachlässigkeitsverschulden mit tötlicher Folge vom Schöffengericht zu 200 Zloty Geldstrafe verurteilt. Auch damit war er nicht zufrieden und strengte im Berufungsverfahren eine neue Verhandlung vor dem Kattowitzer Sond Okregowy an, die am Sonnabend stattfand. Er legte die Schuld dem getöteten Jungen bei, da er angeblich ein Langfinger war und sich allerhand Kleinigkeiten im Haushalte aneignete. Besonders soll er es auf Glühlampen abgesehen haben. Auch im besagten Unglücksfalle sollte er, nach einer Schlußfolgerung des Angeklagten, das an der Drahtleitung angesetzte Glühlämpchen sich aneignen wollen. Wie groß der Leichtsinn aber des Angeklagten bei der Handlung mit dem elektrischen Strom war, bezeugte seine eigene Aussage, daß er während der Handlung selbst vom elektrischen Strom mächtig gezwickt wurde, allerdings ohne nachwirkende Folgen. Auch soll er den Jungen gewarnt haben, an der Drahtleitung nicht zu rühren.

Sehr beherzigenswert und instruktiv waren die Erklärungen eines in Elektrizitätssachen sachverständigen Ingenieurs, der über die Wirkungen des elektrischen Stromes einvernommen wurde. Er erklärte, daß es hier in Oberschlesien eine weit verbreitete Gewohnheit ist, daß ein jeder Laie es als eine vollkommen unverfängliche und freie Angelegenheit ansieht, selbständig Ableitungen von der Hauptleitung des elektrischen Stromes vorzunehmen, was übrigens auch der Angeklagte selbst bekundete, indem er zu seiner vermeintlichen Verteidigung anführte, daß er schon mehrmals selbständig ähnliche Handgriffe, wie der in Rede stehende, mit dem elektrischen Strom vorgenommen habe. Dieser Gepflogenheit sollte aber ein Ende gesetzt werden. Es besteht zwar ein diesbezügliches Verbot, welches vorschreibt, daß zu einer jeden derartigen Handlung mit dem elektrischen Strom, soweit sie von unfachmännischer Seite vorgenommen wird, eine Ermächtigung von der Leitung der Elektrizitätswerke eingeholt werden müsse. Diese Vorschrift wird aber von niemandem befolgt. Was die Schuld des Angeklagten betrifft, der unbestritten einen groben Verstoß schon gegen dieses Verbot begangen hatte, so ist es klar, daß eine Nachlässigkeit hier vorliegt, die aber, wie aus den Aussagen des Angeklagten hervorgeht, in seiner Unwissenheit ihren Ursprung hat. Diese Unwissenheit sei so rührend, daß er selbst leicht der Gefahr des Todes ausgesetzt war. Sein Glück sei es nur gewesen, daß er körperlich gegen die Stromspannung, die im vorliegenden Falle obgewaltet hat, elektrisch, wie der diesbezügliche Fachausdruck lautet, vorbereitet oder gerüstet war. Nicht ein jeder menschliche Körper ist gegen die gleiche elektrische Spannung gleich gerüstet. Den Jungen hat die Spannung getötet, die für den Angeklagten ohne Folgen geblieben ist. Getötet — auch wenn, wie der Angeklagte behauptet, der Junge nach dem elektrischen Schlage noch längere Zeit mit den Lippen gewippt hatte und Schaum an den Lippen hatte. Es war nämlich ein allmähliches Hinsterben, eine Agonie, wie sie bei derartigen schweren elektrischen Unglücksfällen in Erscheinung tritt. Der Unglückliche hätte auch gerettet werden können, wenn aber sachverständige Eingriffe vorgenommen worden wären, wie z. B. Eingraben in die Erde und die Herstellung künstlicher Atmung. Aber auch das sei vernachlässigt worden. Entgegen den Ausführungen des Verteidigers des Angeklagten, der auf Grund der oberstgerichtlichen Judikatur nachzuweisen versuchte, daß Unwissenheit Nachlässigkeit ausschließt, fand das Gericht den Angeklagten schuldig und bestätigte, gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, das erstrichterliche Urteil.



Aus der Wojewodschaft Schlesien

Einspruch gegen die Streichung aus den Wahllisten

In verschiedenen Ortschaften haben zahlreiche Wahlberechtigte von der Wahlkommission die Benachrichtigung erhalten, daß gegen ihre Eintragung in die Wählerlisten Einspruch erhoben worden ist mit der Begründung, daß sie nicht polnische Staatsbürger seien. Gegen den Einspruch muß sofort, spätestens innerhalb 3 Tagen nach Empfang der Benachrichtigung bei der Bezirkswahlkommission, die sie verschickt hat, Widerspruch erhoben werden unter Berufung auf Artikel 37 der Wahlordnung und unter Beifügung von Ausweisen über die polnische Staatsangehörigkeit. Solche Beweise sind der Paß, die Verkehrskarte, Militärpapiere oder der Ausweis der Staatsangehörigkeit. Letzteren müssen die Starosteien nach Art. 160 Abs. 1 des Stempelsteuergesetzes kostenlos ausstellen. Wenn die Entscheidung der Bezirkswahlkommission ablehnend ist, so muß innerhalb 3 Tagen Beschwerde bei der Kreiswahlkommission laut Art. 38 der Wahlordnung erhoben werden. Wer keinen Widerspruch bezw. keine Beschwerde erhebt, wird aus der Wählerliste gestrichen und verliert sein Wahlrecht.

Deutsche Markanleihen

Durch Verordnung des polnischen Ministerrates vom 17. September 1927 ist die Beschlagnahme deutscher Markanleihen, die sich im Besitz von deutschen Gläubigern befanden, aufgehoben worden. Mit Rücksicht darauf, daß diese Gläubiger deutscher Markanleihen die ihnen auf Grund des Anleihe-Ablösungsgesetzes zustehenden Altbesitzerrechte innerhalb der allgemein vorgesehenen Fristen nicht geltend machen konnten, ist für diese eine Neuanmeldungsfrist zugelassen worden, die am 1. Februar 1928 abläuft. Die Anmeldung hat bei dem Reichskommissar für die Ablösung der Reichsanleihen alten Besitzer in Berlin SW. 68, Alte Jakobstraße 117/20 zu erfolgen. Dem Antrage sind die Anleihestücke sowie Bescheinigungen darüber beizufügen, aus denen sich ergibt, von und bis zu welchem Tage die Anleihen beschlagnahmt waren, für wen sie seinerzeit in Verwahrung genommen sind und weiter, daß sie als deutscher Besitz angemeldet und durch Beschluß des Ministerrats vom 17. 9. 1927 freigegeben worden sind, sowie in welchem Zeitpunkte die **Anleihestücke von der polnischen Depotstelle herausgegeben wor-**

den sind. Soweit die beschlagnahmten Markanleihen von den polnischen Depotstellen gesammelt einer inländischen Depotstelle bereits übergeben sind, kann diese die Anträge für alle Gläubiger stellen, deren Anleihen ihnen ausgehändigt sind. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der äußerste Termin für die Antragstellung der 1. Februar 1928 ist.

Flußregulierungsarbeiten

Nachdem die Wojewodschaft eine Million Zloty für Flußregulierungsarbeiten in Schlesien ausgeworfen hat, wird mit Frühlingsbeginn die Arbeit an der Weichsel bei Gottschalkowitz wieder aufgenommen. Aber auch der Flußlauf der Pszczynka, die im Jahre 1927 und auch schon vorher bei den verschiedenen Hochfluten ganz erhebliche Flurschäden auf den benachbarten Feldern und Wiesen angerichtet hat, soll dieses Jahr bestimmt in Ordnung gebracht werden. Eine Wojewodschaftskommission hat sich bereits an Ort und Stelle begeben, den Flußlauf einer genauen Besichtigung unterzogen und einen Arbeitsplan aufgestellt. Sämtliche Flußregulierungen werden von dem eigens zu diesem Zwecke eingerichteten neuen Regulierungsamt in der Kreisstadt Pleß beaufsichtigt und durchgeführt. Als Arbeiter kommen vor allen Dingen Erwerbslose der Kreise Bielitz und Pleß in Frage.

Gesetzliche Regelung der Arbeitereinstellungen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist es bei Strafe verboten, auch nur einen einzigen Arbeiter ohne Wissen und Genehmigung des zuständigen Arbeitsvermittlungsamtes in Broterwerb zu nehmen, weil sonst jede Uebersicht über die Lage auf dem Arbeitsmarkte verloren gehen muß. Außerdem wird immer festgestellt, daß Erwerbslose, die auf diese Weise eine Beschäftigung gefunden haben, ganz seelenruhig ihr Unterstützungsgeld selbst oder durch Familienangehörige haben abholen lassen und zwar sogar noch wochenlang nach erfolgter Einstellung. Um diesem gesetzlosen Treiben einen Riegel vorzuschieben, den Arbeitslosenfonds und auch die Arbeitgeber indirekt vor Schaden zu bewahren, wird in Zukunft streng darauf gehalten werden, daß alle beteiligten Stellen obige Verfügung zur strikten Durchführung bringen, jede Ueberschreitung wird unnachsichtlich geahndet. In die Arbeit dürfen nur solche Arbeitslose aufgenommen werden, welche vom Arbeitslosenamt einen grünen Ueberweisungsschein vorlegen können. Der untere Teil dieses Scheines ist, dem Arbeitsvermittlungsamt umgehend ausgefüllt zurückzureichen, während die obere Hälfte bei dem neuen Arbeitgeber verbleibt.

Anträge zwecks Berufsausbildung von Kriegsinvaliden pp.

Gemäß einer Mitteilung des Wojewodschaftsamtes in Kattowitz können in der staatlichen Handwerks-Lehranstalt für Kriegsinvaliden, welche sich in Piotrkow (Petrikau) befindet, Kriegs- bezw. Aufstandsinvaliden zwecks Ausbildung und Umschulung in einem bestimmten Handwerksberuf, Aufnahme finden. Es werden daher seitens des Magistrats in Kattowitz alle diejenigen Invaliden, welche im Bereich von Groß-Katowice wohnhaft sind und eine solche Berufsausbildung anstreben, ersucht, diesbezügliche Anträge zwecks Aufnahme in diese Lehranstalt beim „Miejski Urzond Opieki Spolecznej, Opieka nad inwal. woj. i z powstan", (städtische Fürsorgestelle für Kriegs- und Aufstandsinvaliden beim Magistrat Kattowitz), ulica Mlynska 4 (Mühlstraße), 2. Eingang, Zimmer 28, und zwar bis spätestens Freitag, den 27. Januar, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, vorzulegen oder einzureichen.

Den Anträgen muß beigefügt werden:

1. Die Abschrift der Benachrichtigung der Powiatowa Komenda Uzupelnien (Bezirkskommando), oder der Bescheid der Invaliditäts-Berufungskommission bei der D. O. K. über die eingetretene Erwerbsbeschränkung (wieviel Prozent?); Abschrift des Rentenbescheides des Slonski Urzond Wojewodzki (Wydzial Skarbowy), Odzial Rent i Emerytur w Katowicach, bezw. der Izba Skarbowa in Krakau über die Höhe der Rentenbezüge;
2. Das polizeiliche Führungszeugnis.

Ueberdies ist noch zu bemerken, daß die Bittsteller in ihren Anträgen anzugeben haben, welchem Beruf sie vor der Invalidität infolge Kriegsverletzung nachgingen, welche Beschäftigung sie zur Zeit innehaben und aus welchem Grunde der bisherige Beruf geändert und eine andere Berufsausbildung angestrebt wird. Alle Angaben müssen genau und wahrheitsgetreu gemacht werden.

Blutiger Kampf mit Wilderern

Ein Waldheger schwer verwundet — Ein Wilderer erschossen

Das bei Pawlowitz gelegene und dem Baron von Reitzenstein gehörige Waldrevier war am vergangenen Sonnabend der Schauplatz eines blutigen Kampfes zwischen Wilderern und einem Waldheger. Bei einem Kontrollgange in seinem Revier traf der Waldheger Josef Mazur den als Wilderer bekannten Gwisda aus Strumien auf frischer Tat an. Der Waldheger forderte ihn auf, die Waffe niederzulegen, was auch befolgt wurde. In dem Augenblick, da Mazur die Waffe nach der Ladung prüfte, wurde auf ihn auf eine Entfernung von 3 Metern ein Schuß abgegeben, der ihn in die Brust traf. Mazur stürzte zusammen und in diesem Augenblick ergriff Gwisda seine Waffe wieder und legte aus allernächster Nähe auf Mazur an. Dieser, seinen Tod vor Augen sehend, griff auch schnell nach seiner Dienstwaffe und legte blitzschnell auf Gwisda an und schoß, ehe dieser dazu kam. Gwisda, mitten in die Stirn getroffen, brach sofort tot zusammen. Aber auch der Waldheger stürzte infolge der Verwundung und der letzten ungeheuren Anstrengung, sein Leben zu retten, bewußtlos hin. Erst nach einiger Zeit kam er wieder zur Besinnung und schleppte sich nach seiner Wohnung, von wo aus die Polizei verständigt wurde; die binnen kurzer Zeit am Tatort erschien. Noch an demselben Tage konnte sie die Komplicen des erschossenen Gwisda, und zwar die gleichfalls als Wilderer bekannten Gaszcz und Krzempski aus Strumien ermitteln, die ein vollständiges Geständnis ablegten. Beide wurden dem Sohrauer Gerichtsgefängnis zugeführt.

Weitere 727 Arbeitslose innerhalb einer Woche

Ein erheblicher Zugang von Erwerbslosen war auch in der letzten Berichtswoche vom 4. bis 11. Januar cr. innerhalb der Wojewodschaft zu verzeichnen und zwar betrug der erneute Zugang 727 Arbeitslose, die Gesamtarbeitslosenziffer am Ende der Berichtswoche dagegen 45 596 Personen. Diese Zahl setzt sich aus nachstehenden Kategorien zusammen: Bergarbeiter 15 309, Eisenhüttenarbeiter 2658, Glashüttenarbeiter 121, Metallarbeiter 2234, Beschäftigungslose aus der Tuchbranche 265, aus der Keramik 146, aus der Holz-, Papier- und chemischen Industrie 612, Bauarbeiter 2839, qualifizierte Arbeiter 1336, nichtqualifizierte Arbeiter 17 147, landwirtschaftliche Arbeiter 325, stellungslose Kopfarbeiter 2604. Als Unterstützungsempfänger kamen insgesamt 25 844 Arbeitslose in Frage.

Kattowitz und Umgebung.

Zur Gründung der Ausstellungs- und Propaganda-Vereinigung. Bereits in einer der stattgefundenen Sitzungen der kommissarischen Stadtvertretung wurde zu der Frage betr. Gründung einer wirtschaftlichen Ausstellungs- und Propagandavereinigung, welche die Ueberlassung der Ausstellungshalle im Südpark zwecks Weiterverpachtung anstrebt, kurz Stellung genommen. Man ging von verschiedenen Erwägungen aus und hielt es darum zunächst für angebracht, ein sogenanntes Organisationskomitee ins Leben zu rufen, welches sich aus Vertretern der Stadt zusammensetzt und weitgehendste Vollmachten zwecks Ueberprüfung der vorliegenden Angelegenheit sowie Einleitung der weiteren erforderlichen Schritte aufweist. Diesem Organisationskomitee gehören als Mitglieder an: 2. Bürgermeister Skudlarz, Stadtbaurat Sikorski, Stadtverordneter Biniszkiewicz und der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Syndikus Cichon als Vertreter der Stadt Kattowitz, sowie überdies verschiedene Beauftragte der Stadt Myslowitz. Die erste Sitzung des Organisationskomitees wird am Mittwoch, den 18. d. Mts. im Stadthause auf der Poststraße abgehalten und die in Rede stehende Angelegenheit erstmalig behandelt werden.

Aus Not gehandelt. Angeblich im Auftrage des Arbeitslosenkomitees sammelte der Arbeitslose Josef G. bei der Bürgerschaft von Michalkowitz freiwillige Unterstützungsgelder, wobei er sich gefälschter Ausweispapiere bediente. G. wurde ertappt, zur Anzeige gebracht und das vorgefundene Geld den Spendern wieder zurückerstattet. Die Angelegenheit hatte ein gerichtliches Nachspiel. Vor Gericht war G. geständig und führte bei seiner Verteidigung aus, in größter Not gehandelt zu haben, da er bereits drei Jahre erwerbslos sei Das Gericht berücksichtigte diesen Umstand und verurteilte den Angeklagten nur wegen Betrug lediglich zu einer Geldstrafe von 15 Zloty bezw. drei Tagen Gefängnis.

Bodenbrand. Infolge unvorsichtigem Umgehen mit offenem Licht brach auf dem Vorboden des Hauses ulica Wonska Nr. 5, im Ortsteil Domb, Feuer aus. Es geriet dortselbst Stroh in Brand. Noch vor Eintreffen der Wehr wurde das Feuer gelöscht. Ein wesentlicher Brandschaden ist nicht entstanden.

Rybnik und Umgebung.

Ein furchtbares Autounglück. Der Drogeriebesitzer Franz Nawrath, von hier, machte gestern mit seinem Freund, dem Kaufmann Anton Dehner, eine Autofahrt nach Ratibor. Außer ihnen befand sich in dem Auto der Chauffeur Robert Jarczyk. Auf dem Rückwege gestern nachmittag gegen ¾5 Uhr, kam das in voller Fahrt befindliche Auto infolge der Glätte auf der Chaussee der Raudener Waldungen ins Gleiten und stürzte die Böschung hinab. Nawrath erlitt eine leichte Verletzung an der rechten Hand. Da Jarczyk kein Lebenszeichen von sich gab und Dehner schwer verletzt stöhnte, lief N. schnell nach Rauden zurück und veranlaßte Hilfe. Dehner und Jarczyk wurden in das Krankenhaus Rauden transportiert. Der Chauffeur erlangte erst nach mehreren Stunden das Bewußtsein wieder, während Dehner infolge Schädelbruches in den heutigen Morgenstunden laut telephonischer Nachricht von Rauden verstorben ist.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 18. Januar. 15.45—16.30: Aus Büchern der Zeit. — 16.30—18.00: Johann Strauß. — 18.00: Hans Philipp Weitz spricht über „Rundfunkliteratur". — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle, Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.00—19.40: Hans Philipp Weitz liest die Erzählung „Rita Olveda". — 19.40—20.10: Die Uebersicht. Berichte über Kunst und Literatur. — 20.20: Symphoniekonzert. — Anschließend: Die Abendberichte und „Aufführungen des Breslauer Schauspiels", Theaterplauderei von Carl Behr.

Donnerstag, den 19. Januar. 16.30—18.00: Konzert. — 18.00: Erlebnis des Winters. — 18.30: Abt. Sport. — 19.00: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.05—19.35: Hans Bredow-Schule, Abt. Handelslehre. — 19.35—19.55: Englische Lektüre. — 20.10: Die Räuber. — Anschließend: Die Abendberichte und Funktechnischer Briefkasten. Beantwortung funktechnischer Anfragen. — 22.30: Tanzmusik auf Schallplatten.

Kattowitz — Welle 422

Mittwoch. 16.20 und 16.40: wie vor. 17.05: Berichte. 17.20: Geschichtsstunde. 17.45: Uebertragung aus Krakau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.30: Opernübertragung. 22.00: Berichte.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.